

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.65 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beitzelle (Moffe's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75  
and RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %. Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts  
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhohndorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 91

Mittwoch, den 20. April 1927

79. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Der Gemeinderat zu Oberlichtenau hat beschlossen, den öffentlichen Weg  
zwischen den Flurstücken Nr. 101, 106 und 106a einzuziehen.

Widersprüche gegen die beabsichtigte Wegeinziehung sind zur Vermeidung des  
Verlustes des Widerspruchsrechtes innerhalb 3 Wochen, von Veröffentlichung dieser Bekannt-  
machung an gerechnet, hier einzureichen.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 14. April 1927.

Am 25. April

## Roß- und Viehmarkt in Königsbrück

### Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Tageblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

## Das Wichtigste

Vor dem russischen Rätekongress in Moskau erstattete Rykow den Re-  
gierungsbericht über Rußlands außenpolitische Ziele.  
General Tschangkaissch hat in China einen Staatsstreik verübt.  
Paul-Boncour berichtet im Pariser „Journal“ über die Bilanz der Genfer  
Abrüstungskonferenz.  
Die Inzassen eines französischen Flugzeuges, das in der Nähe von  
Berlin sich überschlug, sind schwer verletzt.  
Durch den Uebertritt des Mississippi sind bisher 25 000 Personen ob-  
dachlos geworden.  
Nach einer Berliner Morgenblättermeldung wurden im Berliner Zen-  
trum während der Feiertage in einem großen Stoffgeschäft von  
Einbrechern 13 kostbare Teppiche und Brücken im Werte von  
50 0 0 RM gestohlen. Der Diebstahl wurde erst Dienstag früh  
bemerkt.  
Ein englisches Militärflugzeug stürzte bei East-Church in der Grafschaft  
Kent ab. Die vier Insassen verbrannten.  
Wie die Berliner Morgenblätter berichten, wird die Klageschrift des  
preussischen Finanzministers, die den Einspruch Preußens gegen die  
Erhöhung der Biersteueranteile der süddeutschen Staaten begründet,  
in etwa 14 Tagen fertiggestellt sein und dem Staatsgerichtshof  
zugehen.  
Der chinesische Dampfer „Pengpu“ der am 8. April mit 2000 Pilo-  
ten und 1000 Soldaten von Hankau nach Shanghai abgegangen  
ist, geriet unterwegs in Brand. An Bord des Schiffes brach eine  
Panik aus, in deren Verlauf zahlreiche Männer, Frauen und Kinder  
über Bord sprangen und ertranken.  
Wie das Berliner Aghra-Abendblatt meldet, ist der Distrikt zwischen  
Barisal und Kapipur in Bengalen von einem schweren Orkan  
heimgesucht worden. Mehrere hundert Häuser sind eingestürzt, wobei  
16 Personen den Tod gefunden haben. Der Eisenbahnverkehr ruht  
vollständig, die Telefonleitungen sind zerbrochen.  
Einer Neumeldung zufolge haben gestern in der spanischen Marokko-  
zone neue Kämpfe stattgefunden. Die Spanier hatten 11 Verwun-  
dete zu verzeichnen, während die Rifleute 20 Tote zurückließen.

## Berlin und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Die Baugenossenschaft für Pulsnitz  
und Umgebung, e. V. m. b. H. in Pulsnitz) hielt am  
15. April 1927, nachmittags 3 Uhr im Ballschloßchen in Pulsnitz ihre  
gutbesuchte Hauptversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist u. a.  
folgendes zu entnehmen: Durch die Unterstützung der Stadt Pulsnitz,  
folgendes zu entnehmen: Durch die Unterstützung der Stadt Pulsnitz,  
der Gemeinden Pulsnitz M. S., Obersteina, Oberlichtenau und der  
Amtshauptmannschaft Ramenz konnte die Baugenossenschaft durch Bauen  
von Häusern der Wohnungsnot kräftig zu Leibe gehen. Aber auch die  
einzelnen Genossen haben ihr möglichstes getan und die Baugenossenschaft  
mit Geldern und Selbsthilfe unterstützt. Allen sei an dieser Stelle  
herzlich gedankt. Die Bautätigkeit der Genossenschaft hat vor 2 1/2 Jah-  
ren eingelebt. In dieser kurzen Zeit hat sie erstellt: 11 Häuser mit  
14 Wohnungen in Pulsnitz, 5 Häuser mit 8 Wohnungen in Puls-  
nitz M. S., 5 Häuser mit 9 Wohnungen in Oberlichtenau, 2 Häuser  
mit 4 Wohnungen in Obersteina, 1 Haus mit 2 Wohnungen in Nieder-  
lichtenau. Das ist eine Leistung, wie sie ein anderes Unternehmen  
gleicher Art in unserem Bezirke nicht aufzuweisen hat. Das aller-  
wichtigste Kapitel in der Baugenossenschaft ist wohl das der Geldbe-  
schaffung. Die öffentlichen Gelder reichen zum Bau einer Wohnung  
bei Weitem nicht aus. Hier sollen nun die Mitglieder und auch die  
Nichtmitglieder helfen. Bei der Baugenossenschaft ist ein Sparsystem  
eingeführt. An dieser Sparsparität sollen sich auch Frauen, Kinder,  
Bewandte usw. beteiligen. Jeder Sparer erhält eine Sparsparite, die eine  
Sparordnung enthält. Die Spargelder werden abgeholt. Sie können  
aber auch beim Kassierer Max Weidner eingezahlt werden. Es gibt  
Sparmarken von 50 Pf an aufwärts. Diese werden in die Sparsparite  
eingeliebt. Der Zinssatz für Spareinlagen beträgt 4%. Das Geld  
kann natürlich jederzeit wieder abgehoben werden. Bei Abhebung von  
über 100 M muß eine Kündigungsfrist von einem Monat vorausgehen.  
Für die Sicherheit der Spargelder haftet die Genossenschaft mit ihrem  
ganzen Vermögen. Die Spargelder werden außerdem, soweit sie nicht  
sofort zum Bauen bebraucht werden, bei der Girokasse Pulsnitz angelegt.  
An alle, die zur Beseitigung der Wohnungsnot beitragen wollen, ergeht  
nun die herzlichste Bitte, unterstützen Sie die Baugenossenschaft in  
ihrem gemeinnützigen Unternehmen. Bringen Sie Spargelder, treten  
Sie der Genossenschaft bei, auch wenn Sie keine Wohnung brauchen und  
helfen Sie mit, die Allgemeinheit für die Baugenossenschaft zu interes-  
sieren. Wie viele gibt es, die ihre Spargroschen zu Haus im Schu-  
kasten zinslos liegen lassen. Dadurch entsteht Geldmangel. Der  
allgemeinen Wirtschaft gehen diese Gelder verloren. Größere Geldbeträge  
werden auf Wunsch auch als sichere Hypotheken auf Genossenschaftshäuser  
eingetragen. Setzt die Bautätigkeit lebhaft ein, bessert sich die allgemeine  
Wirtschaftslage. Die Arbeitslosigkeit wird verringert, der Geldumlauf  
vergrößert. Die Kaufkraft des einzelnen erhöht sich. Die Geschäfte

## Rußlands außenpolitische Ziele

Eröffnung des vierten Rätekongresses der Sowjetunion

Zuspitzung des italienisch-jugoslawischen Konflikts — Die französischen Sozialdemokraten gegen die Fortdauer der Besetzung  
9000 chinesische Soldaten niedergemetzelt — Die russische Presse zum fünften Jahrestag von Napoleon

⚡ Moskau. Am Ostermontag wurde der vierte Räte-  
kongress der Sowjetunion durch Kalkin im Großen Staats-  
theater, dessen Riesensaal mit sechs Ränge von über  
2000 Delegierte angefüllt waren, eröffnet. In der  
Diplomatenloge sah man sämtliche Vertreter der fremden  
Staaten, darunter den deutschen Botschafter Graf Brock-  
dorff-Rausau.

Den Regierungsbericht erstattete Rykow. Er gab einen  
Ueberblick über die Lage in China, die Beziehungen Ruß-  
lands zum Völkerbunde, zu England, Deutsch-  
land und den östlichen Randstaaten und führte u. a. fol-  
gendes aus:

Durch die internationale Lage und die zunehmende Akti-  
vität sowjetfeindlicher politischer Gruppen wird eine erheb-  
liche außenpolitische Spannung geschaffen. Wiederholte Ver-  
suche, einen Antisowjetblock zu bilden und einen militärischen  
Konflikt zwischen der Sowjetunion und China zu provo-  
zieren, schaffen eine überaus verwickelte Lage und bedrohen  
die Sache des Friedens. Der Stand der englisch-sowjetrus-  
sischen Beziehungen kennzeichnet am besten die gespannte inter-  
nationale Lage. Die englische Note enthält keinerlei konkrete  
Beschuldigungen gegenüber der Sowjetregierung. Es muß  
betont werden, daß keine einzige der Ursachen der englisch-  
sowjetrusischen Spannung jemals zwischen beiden Re-  
gierungen erörtert wurde, da die englische Regierung sach-  
lichen Verhandlungen ausgewichen ist.

Rykow wies dann den Vorwurf wegen der  
Nichtzugehörigkeit der Sowjetunion zum Völkerbund

zurück und erklärte: In der ganzen Zeit seines Bestehens war  
der Völkerbund lediglich ein Werkzeug zur Festigung der  
Herrschaft gewisser Staaten über andere. Die Versuche, die  
Illusion zu verbreiten, daß der Völkerbund ein Werkzeug des  
Friedens sei, wird insbesondere durch die Ereignisse der  
letzten Tage, wo der Völkerbund sich jeden Eingreifens in die  
Lage in China enthielt, widerlegt. Die Sowjetunion unter-  
stützt jede wahrhaft pazifistische Bewegung, bezweifelt jedoch,  
daß vom Völkerbund einberufene Abrüstungskonfe-  
renzen wirklich auf den Frieden hinarbeiten. Der Sinn der  
in Genf einberufenen Konferenzen gipfelt darin, die mili-  
tärische Gewalt der zur Zeit herrschenden  
Mächte zu wahren. Die Sowjetunion ist bereit, gänz-  
lich abzurufen, falls alle Mächte dies tun. Die im englischen  
Parlament aufgestellte Behauptung, daß die Sowjetunion  
sich angeblich sehr intensiv zum chemischen Kriege rüfte, ist  
unwahr. Auf allen Gebieten der Kriegsindustrie wird die  
Sowjetunion von den bürgerlichen Staaten übertroffen.

Ueber die

### Ereignisse in China

erklärte Rykow unter Hinweis auf die ziffernmäßigen An-  
gaben über die in China befindlichen ausländischen Streit-  
kräfte: Die Intervention in China hat tatsächlich begonnen.  
Neben der Intervention und der Unterstützung der Milita-  
risten im Norden versuchen die Mächte eine Spaltung im  
Lager der nationalen Freiheitsbewegung zu schaffen. Die  
Zustimmung der Mächte zum Ueberfall auf die Sowjetbot-  
schaft in Peking bedeutet einen Versuch, die Sowjetunion  
zum Kriege gegen China herauszufordern. Die Sowjet-  
regierung wird auf diese Provokation nicht  
eingehen.

### Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland

erklärte Rykow: Diese Beziehungen wurden nach dem Na-  
pallovertrag erheblich ausgebaut und gefestigt. Die deutsche  
Regierung hat die nach Locarno erscheinende Mitteilung, daß  
Deutschland sich verpflichte, durch sein Gebiet im Falle eines  
Krieges mit der Sowjetunion den Durchzug von Truppen zu  
gestatten, offiziell dementiert. Die Sowjetregierung geht da-  
von aus, daß Deutschland sich nicht zu feind-

lischen Aktionen ausnützen lassen wird. Die  
Gewährung eines Dreihundertmillionenbetrags von Seiten  
Deutschlands an die Sowjetunion erweist, daß die Freunds-  
chaftspolitik, die von beiden Regierungen nach Rapallo  
durchgeführt wird, sich auf dem Gebiete wirtschaftlicher und  
kultureller Beziehungen vollkommen bewährt.  
Von besonderer Bedeutung für die Politik der Sowjet-  
regierung sind

### die Randstaaten und Polen,

denen gegenüber die Sowjetregierung unentwegt die Politik  
des Friedens durchführt, die sie durch Garantiepakte zu  
festigen sucht. Der Garantievertrag mit Litauen bleibt  
ungeachtet der litauischen Staatsumwälzung in Kraft. Mit  
Letland werden Verhandlungen über die endgültige  
Unterzeichnung des bereits paraphierten Vertrages geführt.  
Die Sowjetregierung hofft, daß die Verhandlungen mit Est-  
land und Finnland ebenfalls zu günstigen Ergebnissen  
führen werden. Die Sowjetunion ist bestrebt, die baltischen  
Staaten für die Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen  
zur Sowjetunion zu interessieren.

### Zuspitzung des italienisch-jugoslawischen Konflikts.

Wird Rußland eingreifen?

Die englischen und italienischen Pressestimmen über  
den italienisch-jugoslawischen Konflikt werden in deutschen  
diplomatischen Kreisen mit sehr erstem Interesse verfolgt.  
Wenn die jugoslawisch-italienischen Verhandlungen nicht in  
Gang kommen sollten, würde die Kommission, die aus einem  
deutschen Vertreter bei der Gesandtschaft in Belgrad, dem  
englischen und dem französischen Militärattaché in Belgrad  
gebildet ist, nicht ohne weiteres in Funktion zu treten haben.  
Diese Kommission wird erst dann eine Untersuchung in Al-  
banien anstellen können, wenn eine der beteiligten Mächte  
die Gesandten der drei Länder in Belgrad um eine Vermittlung  
angeht. Es wäre durchaus möglich, daß Jugoslawien  
trotz einer Gegenwirkung von Frankreich und England in  
Belgrad den Versuch macht,

den Konflikt doch noch vor den Völkerbundrat  
zu bringen.

Die jugoslawische Regierungskrise steht mit der neuen  
Verschärfung der Situation auf dem Balkan nicht in Zu-  
sammenhang.

In einem gewissen Zusammenhang mit dem Balkan-  
konflikt steht auch die neue Richtung der russischen Politik  
gegenüber dem Völkerbund. Nachdem der russisch-schweizer-  
ische Konflikt beigelegt ist, wird Rußland höchstwahrscheinlich  
an der Weltwirtschaftskonferenz und wahr-  
scheinlich auch an den weiteren Verhandlungen der Abrüstungs-  
konferenz, wenn auch nicht an den Verhandlungen der  
jetzt in Genf tagenden vorbereitenden Kommission teilneh-  
men. Es wäre aber auch möglich, daß Rußland, falls der  
jugoslawisch-italienische Konflikt offen ausbrechen sollte, sich  
plötzlich beim Völkerbund anmeldet und den Versuch macht,  
auf diesem Wege in dem Balkankonflikt eine Rolle zu spielen.

### Breitscheidt und Blum gegen die Fortdauer der Besetzung

Paris, 20. April. Auf dem Bankett des Kongresses der  
Sozialistischen Partei in Lyon führte Reichstagsabg. Breitscheidt  
u. a. aus: Die Räumung des Rheinlandes und des Saargebietes  
sei unbedingt notwendig für die endgültige Wiederherstellung des  
Friedens. Nach Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und  
nach Abschluß der Verträge von Locarno sowie nach Inkraftsetzung  
des Dawesplanes sei die Besetzung eine Anomalie. Die deutsche  
Sozialdemokratie unterstütze die Außenpolitik der deutschen Rege-  
rung, weil sie wisse, daß Stresemann den Frieden wolle und daß  
er die Politik betreibe, für die die Sozialdemokraten eingetreten  
seien. — Leon Blum, der auf die Ausführungen Breitscheidts er-  
widerte, erklärte, daß die französischen Sozialisten in der Frage der

